

Insolvenzen in Europa

■ Jahr 2007/08

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung


Creditreform

INHALT

SEITE

1	Einleitung	1
2	Insolvenzen in Westeuropa im Jahre 2007	2
2.1	Unternehmensinsolvenzen	2
2.2	Privatinsolvenzen in Europa	7
2.3	Die Subprime-Krise und die Insolvenzen in den USA	10
3	Mittelstandsstruktur und Finanzierung	13
4	Branchenstruktur der Insolvenzen	18
5	Länderberichte	21
5.1	Deutschland	21
5.2	Großbritannien	22
5.3	Frankreich	23
6	EU-Osterweiterung: Neue Mitgliedsländer	25
7	Japan	27
8	Zusammenfassung	28

Verzeichnis der Informationsquellen

■ 1 Einleitung

Wenn in diesen Tagen die Rede von Insolvenzen ist, hat man es nicht weit bis zur Subprime-Krise und deren Folgen für die Weltkonjunktur. Tatsächlich hat das Platzen des Brick-Bubble direkte Auswirkungen auf die Entwicklung der Insolvenzen in den USA gehabt, wie später noch zu zeigen ist. Aber was ist mit Europa? Hier schwappte die Krisenwelle erst im Frühherbst an Land und traf auf eine bis dato erstaunlich robuste Konjunktur:

Die europäische Wirtschaft erwischte 2007 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,7 Prozent im Quartalsvergleich sowohl im Eurogebiet als auch der gesamten EU einen guten Start. Grund hierfür waren vor allem die lebhaften Investitionstätigkeiten. Das reale BIP-Wachstum fiel dann im zweiten Quartal (im Quartalsvergleich) im Eurogebiet auf 0,3 Prozent und in der EU auf 0,5 Prozent. Die schwächeren Ergebnisse des zweiten Quartals sind allerdings vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Zahlen die Auswirkungen des im ersten Quartal ungewöhnlich milden Winterwetters auf die Investitionen im Bausektor widerspiegeln, während im zweiten Quartal die rauerer Witterungsbedingungen zu einer deutlichen Verlangsamung führten. Es könnte allerdings auch sein, dass der Wachstumszyklus im Verlauf des letzten Jahres bereits seinen Höhepunkt erreicht hat, wobei die Turbulenzen auf den Finanzmärkten eventuell erschwerend hinzukommen.

Dennoch: Die Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt haben den privaten Konsum gestützt. Die Binnennachfrage wird sowohl im Eurogebiet als auch in der EU weiterhin der wichtigste Faktor für ein BIP-Wachstum bleiben, das immer stärker durch den privaten Konsum getragen wird (Eurostat). Diese Entwicklung ist Folge einer Verbesserung auf den europäischen Arbeitsmärkten, nicht zuletzt in Deutschland. Die Arbeitslosenquote, die sowohl in der EU als auch im Eurogebiet während des Sommers unter sieben Prozent gefallen ist, weist Werte auf, die seit den frühen achtziger Jahren nicht mehr gesehen wurden. Und die Unterneh-

Ist der Zenit schon überschritten?

mensinsolvenzen in Europa gehen nach wie vor zurück.

■ 2 Insolvenzen in Westeuropa im Jahre 2007

2.1 Unternehmensinsolvenzen

Der bereits im Jahr 2004 einsetzende Trend rückläufiger Unternehmensinsolvenzentwicklung der EU-15-Staaten plus Norwegen und der Schweiz setzt sich aktuell fort, verlangsamt sich aber im Vergleich zu den Vorjahren. Insgesamt 129.822 Unternehmen traten im vergangenen Jahr den Gang zum Insolvenzgericht an. Das sind 5,0 Prozent oder 6.929 Betriebe weniger als im Jahr 2006. Ein Jahr zuvor allerdings betrug der Rückgang noch mehr als doppelt so viel, nämlich 12,3 Prozent.

Tab. 1: Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa

■	2007	2006	2005	2004	2003	Veränderung 2006/07 in Prozent
Belgien	7.690	7.617	7.878	7.836	7.593	+ 1,0
Dänemark	2.400	1.987	2.497	2.620	2.506	+ 20,8
Deutschland	27.490	30.680	36.850	39.270	39.470	- 10,4
Finnland	2.300	2.285	2.278	2.385	2.769	+ 0,7
Frankreich	42.670	40.360	41.930	40.776	38.296	+ 5,7
Griechenland	510	520	580	577	480	- 1,9
Großbritannien	12.950	13.686	13.462	12.813	14.815	- 5,4
Irland	310	304	327	321	346	+ 2,0
Italien	5.410	8.827 *)	17.150	17.500	16.000	- 38,7
Luxemburg	680	634	682	665	655	+ 7,3
Niederlande	4.710	5.941	6.780	6.648	6.386	- 20,7
Norwegen	2.870	3.032	3.540	4.297	5.223	- 5,3
Österreich	6.362	6.854	7.136	6.328	5.643	- 7,2
Portugal	3.350	3.400	3.300	3.123	2.980	- 1,5
Schweden	4.890	5.243	5.865	6.588	7.099	- 6,7
Schweiz	4.400	4.528	4.751	4.955	4.539	- 2,8
Spanien	830	853	869	561	646	- 2,7
Gesamt	129.822	136.751	155.875	157.263	155.446	- 5,0

*) Umstellung der Statistik des Handelsregisters in Italien, das bis dato auch die Niederlassungen einer in Konkurs gegangenen Unternehmung erfasste, ab 2006 nur noch den Hauptsitz zählt.

Den größten Rückgang der Unternehmensinsolvenzen verzeichnet in diesem Jahr – allerdings aufgrund von statistischen Besonderheiten – Italien. In Italien begann die Handelskammer im Jahr 2006 eine Umstellung der Statistik, indem sie nicht mehr jede Niederlassung einer insolventen Unternehmung separat als Konkurs aufführte, sondern nur noch den Hauptsitz zählte. Dies führte zu einem deutlichen Rückgang der Insolvenzen (im Jahr 2006 um 48,5 Prozent, und im Jahr 2007 um 38,7 Prozent auf aktuell 5.410 Fälle).

Ebenfalls deutlich abgenommen haben die Unternehmensinsolvenzen in den Niederlanden, und zwar um 20,7 Prozent auf nunmehr 4.710 Fälle. Dies ist der tiefste Stand seit sechs Jahren. Die Abnahme korrespondiert mit der konjunkturellen Entwicklung in den Niederlanden: Nach einem vergleichsweise verhaltenen Wirtschaftswachstum in den Jahren 2001 bis 2005 verzeichnet das Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit 2006 wieder einen deutlichen Anstieg. Dafür gibt es drei Gründe. Erstens konsumieren die Niederländer wieder mehr. Für 2007 und 2008 werden Steigerungen von bis zu 2,5 Prozent prognostiziert. Zweitens wuchsen die Bruttoanlageinvestitionen deutlich um 7 Prozent. Drittens stimulieren die Exporte die holländische Wirtschaft. Der Beitrag der Ausfuhr zum BIP stabilisiert sich auf einem relativ hohen Niveau.

Platz drei der Länder mit den stärksten Abnahmen bei den Unternehmensinsolvenzen belegt Deutschland. Um 10,4 Prozent auf 27.490 Fälle reduzierte sich das Insolvenzaufkommen binnen Jahresfrist. Vorbei scheinen die Jahre zu sein, als das Insolvenzaufkommen an der 40.000er-Marke kratzte (2003). Dennoch ist festzuhalten, dass sich der Abwärtstrend der Unternehmenspleiten deutlich verlangsamt hat. Während im vergangenen Jahr noch ein Rückgang von fast 17 Prozent festgestellt wurde, sind es aktuell sieben Prozentpunkte weniger. Die vorläufigen Insolvenzzahlen des neuen Jahres deuten ebenfalls eher auf eine Stagnation der Unternehmensinsolvenzen hin. Und sollte die Subprime-Krise – wie von nicht wenigen Experten befürchtet – noch weitere Kreise ziehen, dann

***Auf den vorderen Plätzen:
die Niederlande und
Deutschland***

ist eine Umkehr des Trends zu befürchten (mehr zur Insolvenzsituation in Deutschland im Kapitel 5.1).

Obwohl die Gesamtzahl der Unternehmensinsolvenzen rückläufig ist, hat sich die Zahl der Länder, die steigende Unternehmensinsolvenzen verzeichnen, im Jahresverlauf auf sechs verdoppelt: Dänemark, Luxemburg, Frankreich, Irland, Belgien und Finnland melden mehr Unternehmenskonkurse als noch vor einem Jahr.

Den höchsten Anstieg verzeichnet Dänemark: Um gut 400 Fälle – das sind in Dänemark mehr als 20 Prozent – auf 2.400 Insolvenzen stieg die Zahl der „Heimgänge“ an. Diese Entwicklung erstaunt etwas, weil Dänemark bei den wichtigsten Wirtschaftskennzahlen in der europäischen Spitzengruppe liegt und sich in einer Hochkonjunkturphase befindet, die allerdings allmählich abflacht. Die Wachstumsprognose sinkt von 3,3 auf 2 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist auf 3,1 Prozent (bzw. nach EU-Berechnung 3,5 Prozent), auf den Stand einer de facto-Vollbeschäftigung, gesunken. Sektorieller Mangel an Arbeitskräften, namentlich im Baubereich, konnte durch ausländische Arbeitskräfte, besonders aus Deutschland und Polen, ausgeglichen werden. Die befürchtete Inflation ist ausgeblieben, für 2007 rechnet man mit 1,7 Prozent Preissteigerungsrate. Die Hochkonjunktur stützt sich wesentlich auf Einnahmen aus dem Erdölexport, während der großen teils mit Immobilien-Hypotheken finanzierte private Konsum mit sinkenden Immobilienpreisen zurückgeht. Der hohe Zuwachs bei den Unternehmensinsolvenzen ist denn auch nicht überzubewerten: Dänemarks Insolvenzstatistik ist die volatilste in Europa. Im vergangenen Jahr belegte das skandinavische Königreich noch den Spitzenplatz bei den Rückgängen der Insolvenzen (um minus 20,4 Prozent auf knapp unter 2.000 Unternehmen).

Auf Platz zwei der Länder mit der größten Steigerungsrate in puncto Insolvenzen liegt Luxemburg. Binnen Jahresfrist stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen allerdings nur um moderate 7,3 Prozent auf 680 betroffene Betriebe. Im Jahr 2006 waren noch 634 Insolvenzen gezählt worden. Das Wachstum in Lu-

up and down im Königreich

xemburg lag im Jahr 2007 bei 5,5 Prozent, die Inflationsrate im Oktober 2007 bei 2,9 Prozent. Die Arbeitslosenquote betrug zum selben Stichtag 4,3 Prozent. Ungeachtet dessen zählt Luxemburg weiterhin zu den Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt. Für die angrenzenden Regionen ist das Großherzogtum ein wichtiger Arbeitgeber. Täglich strömen ca. 134.000 Grenzgänger in das Land.

Ebenfalls Zuwächse bei den Unternehmensinsolvenzen verzeichnet Frankreich. Traditionell stellt Frankreich auch die meisten Unternehmensinsolvenzen insgesamt. Lediglich im Jahr 2003 wurde es von Deutschland „übertrumpft“. 42.670 Unternehmensinsolvenzen wurden im Jahr 2007 in Frankreich gezählt. Das entspricht einer Steigerung um 5,7 Prozent im Jahresverlauf. Die französische Industrie ist dem durch die Globalisierung verschärften Strukturwandel unterworfen; zur Erhaltung, ja Steigerung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit muss sie sich branchenmäßig breiter aufstellen und den Mittelstand erheblich verstärken. Die Großunternehmen (des Börsenindex CAC 40) diversifizieren sich bisher sehr erfolgreich global und verlegen dementsprechend ihre Geschäftstätigkeit zunehmend in die stärker wachsenden Auslandsmärkte. Aus den KMU geht ein für die nationalen Bedürfnisse hinreichender Nachwuchs nicht hervor; zudem ist auch dieser Sektor wegen der Arbeitskosten und zur Wahrung der Konkurrenzfähigkeit zur Produktionsverlagerung in das Ausland gezwungen. Der tertiäre Bereich kann die Beschäftigungsverluste zurzeit nicht vollständig kompensieren (zu Frankreich siehe auch Kapitel 5.3).

35-Stundenwoche als Konjunkturbremse

Tab. 2: Insolvenzquoten in den einzelnen westeuropäischen Ländern

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Spanien	3
Griechenland	7
Italien	13
Portugal	27
Irland	31
Großbritannien	82
Niederlande	87
Deutschland	90
Norwegen	90
Schweden	92
Schweiz	93
Finnland	95
Belgien	110
Dänemark	131
Frankreich	166
Österreich	240
Luxemburg	256
Durchschnitt	67

Die höchste relative Insolvenz betroffenheit (Zahl der Unternehmen eines Landes im Verhältnis zur Zahl der Unternehmensinsolvenzen des betreffenden Landes) weisen – wie auch schon im letzten Jahr – Luxemburg (256), gefolgt von Österreich (240) und Frankreich (166) auf. Verzerrt wird das Bild allerdings durch die Länder Spanien, Griechenland – und seit neuestem auch Italien – deren Insolvenzstatistik nicht mit denen der anderen Ländern vergleichbar ist und durch die Vielzahl von Kleinstbetrieben den Mittelwert nach unten bewegt (67 Insolvenzen pro 10.000 betroffene Betriebe). Deutschland liegt mit 90 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen zwar über diesem Schnitt, befindet sich aber in unmittelbarer Nachbarschaft zu den europäischen Vorzeigeländern Norwegen, den Niederlanden und Schweden.

Mittelmeeranrainer senken den Durchschnitt

2.2 Privatin insolvenzen in Europa

Während die Unternehmensinsolvenzen weiter abnehmen, vollzieht sich eine gegenläufige Entwicklung bei den Privatin insolvenzen. Seit Beginn der Untersuchungen im Jahre 2004 steigen die Schuldenbefreiungsverfahren an. Allerdings aktuell – und hier zeigen sich dann doch Parallelen zu den Unternehmensinsolvenzen – in abgeschwächter Form. War im letzten Jahr noch ein Anstieg um 31,9 Prozent zu konstatieren, so reduzierte sich der Aufwärtstrend im Vergleich der beiden Jahre 2006 und 2007 auf 8,3 Prozent. Diese Entwicklung rührt zu einem Großteil von den beiden Ländern Deutschland und Großbritannien her. Während Deutschland noch im Jahr 2006 einen Zuwachs von fast 25 Prozent verkräften musste, steigen die Zahlen aktuell um nur noch 12,3 Prozent. In Großbritannien verlief die Entwicklung noch deutlicher: Im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 nahmen die Verbraucherinsolvenzen um mehr als 50 Prozent zu – aktuell sind es nur noch 2,3 Prozent.

Von einem „explosionsartigen“ Anstieg kann hingegen sprechen, wer auf die schwedischen Zahlen zur Schuldenbefreiung blickt. Um 85,9 Prozent auf 7.120 Verfahren stiegen die privaten Insolvenzen im Laufe des Jahres 2007 an. Schweden führte zum 1. Januar 2007 ein neues Entschuldungsverfahren ein. Dem hohen Anteil zurückgewiesener Anträge auf Restschuldbefreiung – zwischen 1994 und 2001 waren es 18.000 von 29.000 – wollte man begegnen, und das Verfahren effektiver und kürzer gestalten. Das scheint gelungen, wie die Zahlen beweisen. Wurden im vergangenen Jahr noch 3.830 Anträge auf Restschuldbefreiung gestellt, sind es aktuell schon 7.120. Von einem weiteren Ansteigen ist auszugehen.

Neues Entschuldungsverfahren in Schweden

Tab. 3: Privatinsolvenzen in Europa

■	2007	2006	2005	Veränderung 2006/07 in Prozent
Deutschland	139.510	124.180	99.720	+ 12,3
Großbritannien	123.700	120.926	79.426	+ 2,3
Niederlande	15.060	14.928	14.666	+ 0,9
Österreich	8.616	7.583	6.462	+ 13,6
Schweden	7.120	3.830	4.178	+ 85,9
Schweiz	6.300	5.840	5.714	+ 7,9
Gesamt	300.306	277.287	210.166	+ 8,3

Die Schuldnerberatung wird in den verschiedenen Ländern unterschiedlich finanziert. Vor allem in Großbritannien beteiligt sich die Kreditwirtschaft seit einigen Jahren an der Finanzierung der unabhängigen Schuldnerberatung. Zudem hat die britische Regierung den „Financial Inclusion Fund“ ins Leben gerufen, aus dem Beratungsangebote vor allem in solchen Regionen finanziert werden sollen, in denen weite Bevölkerungsschichten von Überschuldung und finanzieller Ausgrenzung betroffen sind. Dies ist ein Phänomen, das wir nach unserer Untersuchung zum Schuldneratlas auch in Deutschland antreffen. So sind die Maßnahmen in Großbritannien auch für uns von Interesse. Der Fonds war für die Jahre 2006 und 2007 mit insgesamt 45 Millionen Pfund ausgestattet. England, das sich seit gut fünfzehn Jahren für eine Stärkung der finanziellen Allgemeinbildung einsetzt, zeichnet sich durch neue Anstrengungen aus. Die von der Regierung ins Leben gerufene „Task Force: Tackling over-indebtedness“ hat in ihrem Aktionsplan die Financial Services Authority beauftragt, ein neues nationales Programm zu entwickeln. Hierzu gehört eine Evaluation der bisherigen Maßnahmen, neue Umfragen, die verlässlicher als bisher den Stand des finanziellen Grundwissens ermitteln sollen, und hierauf aufbauende neue Bildungskonzepte, die verbindlicher Bestandteil der Schulausbildung werden sollen.

Bezieht man die Zahl der Verbraucherinsolvenzen eines Landes auf die Zahl der jeweiligen Einwohner, erhält man die relative Insolvenzbetroffenheit. Während Großbritannien mit 21 Verbraucherpleiten pro

***Wirtschaftliche Ausbildung
gewinnt international an
Bedeutung***

10.000 natürliche Personen die höchste Insolvenzdichte verzeichnet, sind in Schweden – trotz des massiven Zuwachses im Jahresverlauf – „nur“ acht Insolvenzen pro 10.000 Einwohner zu zählen.

Tab. 4: Insolvenzquoten (Privatpersonen) in den einzelnen westeuropäischen Ländern

■	Insolvenzen je 10.000 Privatpersonen
Schweden	8
Schweiz	8
Niederlande	9
Österreich	11
Deutschland	17
Großbritannien	21
Gesamt	16

Die Insolvenzgesetzgebung in Amerika ist – auch noch nach der Reform aus dem Jahre 2005 – relativ lax, wie überhaupt in sämtlichen Ländern des Common Law. Die Insolvenzgesetze in Kontinentaleuropa dagegen sind eher im Sozialstaatsmodell verankert. Hier stehen sich zwei Philosophien gegenüber: Während man in anglo-amerikanischen Ländern die Idee des „fresh starts“ verfolgt, ist es in Kontinentaleuropa der Ansatz des „earned fresh starts“. Während in Amerika die schnelle Marktintegration überschuldeter Personen im Vordergrund steht, wird der Verbraucher in Kontinentaleuropa nicht einfach aus der Verpflichtung zur Schuldentilgung entlassen, sondern muss sich diese Option erst „verdienen“. Anders als hierzulande wird Überschuldung in den USA nicht als moralisches Versagen gewertet, sondern als gesellschaftliches Phänomen einer Marktwirtschaft. Dafür sollen die Banken als „cheapest cost avoider“ die durch den Kreditausfall entstandenen Kosten in die Kreditkosten einrechnen. So kommen die, die ihre Kredite bedienen, für die auf, die in die Insolvenz gehen. Dem entschuldeten Verbraucher steht der erste Kreditmarkt allerdings anschließend nicht mehr so ohne weiteres zur Verfügung. Als Folge hat sich ein so genannter zweiter Kreditmarkt entwickelt, der weitgehend ungeregelt ist und den entschuldeten Verbrauchern zu weitaus schlechteren Konditionen zur Verfügung steht.

***fresh start vs.
earned fresh start***

2.3 Die Subprime-Krise und die Insolvenzen in den USA

Die Entwicklung der Insolvenzen in den USA kann nicht betrachtet werden, ohne einen Blick auf die Hypothekenkrise und ihre Auswirkungen zu werfen.

Schon seit etwa zwei Jahren warnen Experten wie der amerikanische Ökonom Robert Shiller vor einem Platzen der Spekulationsblase am amerikanischen Hypothekenmarkt. Der Preis für Wohnungen und Häuser in den USA stieg seit Mitte der neunziger Jahre enorm an. Zehntausende Amerikaner gaben dem Lockruf der Banken nach und nahmen ein Darlehen zur Finanzierung ihres Eigenheims auf, obwohl sie sich das eigentlich gar nicht leisten konnten. „Subprime borrowers“ wurden solche Kreditnehmer genannt. Im Frühjahr 2007 stiegen die Zinsen, und – anders als in Deutschland – sind Hypothekenzinsen in den USA in der Regel variabel gestaltet. Die Folge: Viele Amerikaner konnten die Raten für ihre Immobilie nicht mehr aufbringen und mussten die Häuser verkaufen. Der Werteverfall für Häuser und Hypotheken setzte ein und die Immobilienblase platzte, was deutlich an der gestiegenen Zahl der Verbraucherinsolvenzen abzulesen ist.

Immobilienblase: Ursachen und Wirkung

Tab. 5: Insolvenzen in den USA

■	2007	2006	Veränder. in %
Gesamt	820.340	617.660	+ 32,8
Unternehmen	18.500	19.695	- 6,1
Privatpersonen	801.840	597.965	+ 34,1

Die Zahl der Privatinsolvenzen in den USA legte binnen Jahresfrist um deutliche 34,1 Prozent auf gut 800.000 Fälle zu. Samuel J. Gerdano, Chef des „American Bankruptcy Institutes“, geht davon aus, dass sich dieser Trend im Jahr 2008 noch verstärken wird. Das Jahr 2005 markiert bislang den Insolvenzhöhepunkt in den USA. Damals meldeten sich über 2 Millionen Verbraucher und knapp 40.000 Unternehmen insolvent. Im Oktober 2005 trat in den Vereinigten Staaten die Reform des Insolvenzrechts in Kraft; der „Bankruptcy Abuse Prevention & Consumer Protection

Act“, der das Insolvenzrecht insgesamt verschärfte. Die Ankündigung hatte eine wahre Flut von Anträgen ausgelöst und im Folgejahr zu einem deutlichen Rückgang der Insolvenzen geführt.

Das erneute Ansteigen der Verbraucherinsolvenzen in den USA blieb nicht die einzige Folge der Kreditkrise. Die faulen Hypothekenkredite in den USA waren verbrieft und als Pakete an internationale Banken, Hedge Fonds und andere Investoren weitergereicht worden – sie verloren jetzt dramatisch an Wert. Rating Agenturen stufte die Papiere herab. Die Flut schlechter Nachrichten machte den Verkauf der Derivate unmöglich. Am tiefsten rutschten die Citigroup, Merrill Lynch und Morgan Stanley in den Abwärtsstrudel. Im September dann schwappte die Kreditkrise nach Europa. Dem englischen Baufinanzierer Northern Rock passierte der GAU: Vor seinen Filialen bildeten sich meterlange Schlangen von Kunden, die ihre Einlage zurückhaben wollten. Und in Deutschland wurde – wie Catherine Hoffman in der FAZ am Sonntag schreibt – „die Schwäche der öffentlich-rechtlichen Banken entblößt“. Seit im Jahr 2005 die Staatshaftung der Landesbanken abgeschafft wurde, konnten sie nicht mehr so leicht Kredite vergeben. So spekulierten sie mit Derivaten außerhalb ihrer Bilanz und erwirtschafteten in den vergangenen Jahren hohe Erträge.

Egg Bank und Citigroup

Die Citigroup – genauer gesagt ihre Tochter, die Egg Bank – geriet mit ihrer jüngsten Entscheidung, 160.000 Kreditkarten einzuziehen, erneut in die Schlagzeilen. Wegen eines als zu hoch veranschlagten Kreditrisikos – und nicht wegen der Kreditkrise – habe man diesen Schritt getan, so ein Sprecher der Internet Bank. Gekündigt worden sei denjenigen, die bei einer Überprüfung „ein nicht hinnehmbares Risikoprofil“ aufgewiesen hätten. Das waren immerhin 7 Prozent der insgesamt 2 Millionen Kunden von Egg. Es wurde allerdings außerdem der Vorwurf laut, Egg entziehe auch den Kunden ihre Karten, mit denen sie kein Geld verdiene. Der jüngste Quartalsbericht der Citibank wies ein Minus von fast 10 Milliarden Dollar aus.

Der Sturm an den Finanzmärkten mit der Folge der akuten Liquiditätsprobleme auch deutscher Banken hat zu einem Vertrauensverlust in der Bankenwelt und zu verstärkter Vorsicht im Risikomanagement geführt. Wie jüngste Untersuchungen unter Banken dies- und jenseits des Atlantiks zeigen, ist es für Unternehmen mit schwacher Bonität schwieriger und auch teurer geworden, an Kredite zu kommen. Wir registrieren eine Zurückhaltung der Banken bei Firmenkunden- und Konsumenten-Krediten als Folge der Finanzkrise und der verschärften Risikolage. Das ist keine Panikreaktion der Banken, sondern hängt vor allem mit den strengeren Eigenkapitalvorschriften der Basel-II-Richtlinien zusammen. Die Bonität eines Unternehmens wird maßgeblich vom Eigenkapital bestimmt. Die Eigenkapitalbasis aber hat sich in Deutschland – trotz Aufschwung – nur wenig verbessert. Immer noch ein knappes Drittel der KMU ist unterkapitalisiert (weniger als 10 Prozent Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme). Weil sich in den vergangenen Jahren zeigte, dass die Insolvenzhäufigkeit in Zeiten leicht verfügbarer Liquidität abnahm, steht aktuell zu befürchten, dass sich sowohl in Deutschland als auch in Europa und den USA insgesamt der Trend der rückläufigen Insolvenzen umkehrt und es 2008 zu einem Wiederanstieg der Konkurse kommt.

Und dies könnte nicht die einzige negative Folge bleiben: Bei den Verbraucherkrediten verzeichnen die Banken mittlerweile massive Ausfälle, sagte Josef Ackermann. Dies werde Auswirkungen auf das Privatkundengeschäft der Kredithäuser haben. Und das wiederum dürfte die Konsumnachfrage dämpfen und damit die Wirtschaft insgesamt.

Exkurs: Europas Bestrebungen, das Image der Insolvenz aufzuwerten

In Amerika gilt wirtschaftliches Scheitern nicht als persönlicher Makel und das Insolvenzrecht ermöglicht einen schnellen Neuanfang nach der Pleite, insofern ist die Gründungsintensität in den USA hoch. Auch in der Europäischen Union gibt es Bestrebungen, die Insolvenz vom Stigma des Scheiterns zu befreien. Ein

Eigenkapital trotz Aufschwungs ohne elementare Verbesserungen

Insolvenz als Chance begreifen

Drittel der Mitgliedsstaaten plant nach Angaben der Europäischen Kommission eine Änderung des nationalen Insolvenzrechts auf der Grundlage von Reformprogrammen, die im Zuge der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung auf den Weg gebracht wurden. Die Veränderungen sind allesamt darauf ausgelegt, das Konkursrecht zu entflechten, mehr Lösungen in Fällen tatsächlicher oder drohender Insolvenz anzubieten, die Umstrukturierung von Unternehmen zu erleichtern und Inhaber beim Neubeginn zu unterstützen. Frankreich betreibt zum Beispiel ein System, bei dem Unternehmen, die an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs geraten, Unterstützung und Beratung von drei Fachleuten für Insolvenzrecht sowie von einer spezialisierten Website erhalten. In den Niederlanden steht eine etablierte Organisation von Unternehmern im Ruhestand kleinen und mittleren Unternehmen, die sich in Schwierigkeiten befinden, kostenlos mit Rat und Tat zur Seite. In Großbritannien hilft eine Reform des Insolvenzrechts Unternehmen, die unverschuldet in Konkurs geraten, durch die Verringerung der Gründe, die die Entziehung der Erlaubnis zur Führung eines Unternehmens rechtfertigen und die Verkürzung der Tilgungsfristen für ausstehende Schulden. Deutschland hat einen Leitfaden für potenzielle Neubeginner entwickelt, in Nordrhein-Westfalen wurde ein Netzwerk für Betroffene geschaffen und eine START-Prämie eingeführt.

Restarter unterstützen

■ 3 Mittelstandsstruktur und Finanzierung

In der Europäischen Union überwiegen die kleineren Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten – sie machen insgesamt 92 Prozent der Unternehmen in der EU aus, wie die Europäische Kommission in einer Untersuchung feststellte. Das durchschnittliche Unternehmen beschäftigt sieben Personen, wobei innerhalb Europas die Unterschiede in der Unternehmensgröße auf verschiedene strukturelle, institutionelle und historische Bedingungen zurückzuführen ist. So beschäftigen die KMU in Griechenland durchschnittlich zwei Personen, in Italien sind es vier, in Spanien sechs, in den Niederlanden zwölf und in Deutschland zehn. Der Anteil der Beschäftigten im Mittelstand beträgt in Eu-

ropa 66 Prozent und in den USA 33 Prozent. Dieser Unterschied ist einerseits damit zu erklären, dass es sich bei vielen Kleinstunternehmen in den USA um Einzelunternehmen handelt – außerdem sorgt die rege Fluktuation von amerikanischen Unternehmensgründungen und -schließungen für mehr Unternehmen in der Gründungsphase – mit entsprechend geringerer Unternehmensgröße.

Kleine Unternehmen finanzieren sich anders als große, da ihnen in der Regel – gerade in der Gründungs- und Nachgründungsphase – der Zugang zum Finanzmarkt verwehrt ist. Die KPMG befragte jüngst Unternehmen aus ganz Europa nach der Wichtigkeit verschiedener Finanzierungsmöglichkeiten für zukünftiges Wachstum. Gut zwei Drittel der Betriebe bewerten die Eigenkapitalfinanzierung und den Cash-Flow als wichtige Finanzierungsmöglichkeit. Bei den Unternehmen in Griechenland (95 Prozent), Schweden (88 Prozent) Ungarn (83 Prozent) und Dänemark (78 Prozent) ist dies noch wichtiger. Wachstum über Banken zu finanzieren ist für jedes zweite Unternehmen (in Deutschland sind es sogar 52 Prozent) von Wichtigkeit. Auch diese Studie kommt zu dem Ergebnis, dass der Erhöhung des Eigenkapitals bei vielen mittelständischen Unternehmen eine Schlüsselfunktion zukommt. Zusätzliches Eigenkapital verringert Probleme bei der Finanzierung und verbessert das Rating des Unternehmens. Dies wiederum begünstigt den Zugang zu Fremdkapital.

Tab. 6: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes in Deutschland im Verhältnis zur Bilanzsumme

■	bis 10%	32,9 (29,3)
	bis 20%	24,8 (30,3)
	bis 30%	18,7 (18,4)
	über 30%	23,5 (22,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Die oben stehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Eigenkapitals in Deutschland vom Herbst 2007 im Vergleich zum Vorjahr: Während ein Teil der Unternehmen das konjunkturelle Hoch nutzen konnte, um Ge-

Entwicklung der Eigenkapitalstruktur geht auseinander

winne zu thesaurieren und Eigenkapital aufzubauen (23,5 Prozent; Vorjahr: 22,1 Prozent), steigt gleichermaßen die Zahl der Betriebe, die unterkapitalisiert sind, und zwar um 3,6 Prozentpunkte auf 32,9 Prozent.

Die Kreditklemme trifft vor allem Kleinbetriebe, die ohnehin nur über eine knappe Ausstattung mit Eigenkapital verfügen. Nach unseren Erkenntnissen haben derzeit rund eine Million Firmen in Deutschland mit einer Eigenkapitalquote von unter 10 Prozent Schwierigkeiten, die Kreditkonditionen zu halten oder überhaupt an Kredit heranzukommen. Damit bekommt jede dritte Firma in Deutschland die Folgen der Kreditkrise auf der Finanzierungsseite zu spüren.

Die verbreitete Einschätzung, dass kleine Betriebe wegen der guten Konjunktur ordentlich verdienen, ist falsch. Die Finanzkrise verschärft die in vielen Fällen ohnehin angespannte Ertragssituation vieler Kleinbetriebe zusätzlich. Sie sind trotz voller Auftragsbücher nicht in der Lage, Reserven zu bilden und Eigenkapital aufzubauen. Den Firmen ist dringend zu raten, ihr Finanzierungsspektrum zu erweitern. Neben den klassischen Finanzierungsformen über Bankkredite, Cash flow, Leasing und Lieferantenkredite sollte zunehmend auch sogenanntes Mezzanine-Kapital eingesetzt werden, also Mischformen zwischen Eigen- und Fremdkapital.

Eine Million KMU haben Probleme, an Geld zu kommen

Tab. 7: Zahlungsverhalten in Europa in Tagen

■	Zahlungsziele	Zahlungsverzug	Gesamt
Italien	66 (67)	23 (23)	89 (90)
Frankreich	43 (43)	14 (12)	57 (55)
Großbritannien	35 (34)	19 (18)	54 (52)
Belgien	33 (34)	13 (13)	46 (47)
Schweiz	23 (24)	16 (16)	39 (40)
Österreich	30 (29)	11 (10)	41 (39)
Niederlande	24 (25)	15 (14)	39 (39)
Deutschland	25 (25)	12(14)	37 (39)
Schweden	28 (28)	8 (9)	36 (37)

() = 2006

Nicht allein die Höhe der Eigenkapitalquote hat Auswirkungen auf die finanzielle Stärke eines Unternehmens. Je länger ein Betrieb auf seine Außenstände warten muss, desto größer ist das Risiko der eigenen Illiquidität. Am längsten – nämlich knapp drei Monate – warten italienische Unternehmen auf ihr Geld. Traditionell ist das Zahlungsverhalten in den skandinavischen Ländern sehr gut: Exemplarisch wird hier Schweden dargestellt. Schwedische Unternehmer werden durchschnittlich nach 36 Tagen (Vorjahr: 37) für ihre Dienste oder Produkte bezahlt – das ist Spitze in Europa. Aber auch in Deutschland zahlen Abnehmer – allen anderslautenden Bekundungen zum Trotz – relativ pünktlich, nämlich innerhalb von 37 Tagen (Vorjahr: 39 Tage).

Exkurs: Mikrokredite

Alljährlich entstehen etwa 2 Millionen Unternehmen, von denen über 90 Prozent Kleinunternehmen mit weniger als 5 Beschäftigten sind. In der EU haben etwa 30 Prozent der Neugründungen nicht mehr als 3 Jahre und etwa 50 Prozent nicht mehr als 5 Jahre Bestand. Wobei einer Studie der Europäischen Kommission zufolge die Insolvenzquote in jenen Mitgliedsstaaten geringer ist, in denen für Jungunternehmer in der Vorgründungs- und Anlaufphase, aber auch für bereits existierende Kleinbetriebe, hochwertige Unterstützungsleistungen – auch Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln – zur Verfügung stehen.

Knapp die Hälfte aller Existenzgründer hat Finanzierungsbedarf von bis zu 25.000 Euro, den nur rund die Hälfte aus eigenen Mitteln aufbringen kann (etwa durch so genanntes Love-Money von der Familie oder durch die Aufnahme von Darlehen). Für die anderen wurden die so genannten Mikrokredite als Kreditfinanzierungsmittel initiiert. Mikrokredite zeichnen sich in der Regel durch eine geringe Kredithöhe und Kreditlaufzeit und durch das so genannte „stepping“ aus, das heißt, die stufenweise Kreditgewährung, die als eine Art Bewährungsprozess dient. Nach Aussagen der EU-Kommission stehen in allen EU-Mitgliedsstaaten und in der Mehrzahl der Beitrittsländer öffentliche Fördermit-

***50 Prozent der Gründer
brauchen weniger als 25.000
Euro Startkapital***

tel in recht unterschiedlicher Ausprägung zur Verfügung, um die konstatierte „Marktlücke“ (unzureichendes Kleinstfinanzierungsangebot der Banken) wenigstens teilweise auszugleichen.

Im Vereinigten Königreich beispielsweise existiert der „The Prince’s Scottish Youth Business Trust“ (PSYBT), der benachteiligte oder arbeitslose 18- bis 25-Jährige fördert. Es werden Mikrokredite von bis zu £ 5.000 vergeben und neben der finanziellen Unterstützung für die Dauer von zwei Jahren Unternehmensberatungen durch Mentoren angeboten. Daneben bestehen Angebote für Schulungen in Buchhaltung, die Gründer haben Zugang zu einem kostenlosen Buchhaltungssystem, erhalten Unterstützung bei PR-Maßnahmen und werden mit anderen Jungunternehmern vernetzt.

In Finnland vergibt die staatliche Förderbank Finnvera direkt Kredite „zur Förderung und Weiterentwicklung des finnischen Unternehmertums, des Exports sowie der Internationalisierung“. Unterstützt wird die Anschaffung von Maschinen und sonstigem Equipment für Start-up- oder Expansionsprojekte bzw. im Rahmen von Business Development.

In Frankreich existiert die „Association pour le droit à l’initiative Economique“ – kurz ADIE, die aus 22 regionalen Zweigstellen und 300 Bereitschaftsdiensten besteht, die vor allem in Bezirken zum Einsatz kommen, in denen benachteiligte Personen leben. Die Anlaufstellen der ADIE bieten gründungsinteressierten Bewohnern eines Stadtteils eine Bandbreite von Finanzierungsinstrumenten sowie eine intensive Beratungs- und Unterstützungsleistung, mit der die Beantragung und Gewährung von Krediten einhergeht. ADIE ist befugt, Kredite bei Banken aufzunehmen und an Kleinunternehmer weiterzugeben. Nach eigenen Angaben schuf ADIE innerhalb eines Zeitraumes von neun Jahren 19.000 Arbeitsplätze. Die Überlebensquote der geförderten Unternehmen lag nach zwei Jahren bei 64 Prozent, was in Frankreich dem Durchschnitt der Überlebensquote von Gründungen entspricht.

Best practice

■ 4 Branchenstruktur der Insolvenzen

Den ersten Schätzungen von Eurostat zufolge belief sich das Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Euro-Währungsgebiet im dritten Quartal 2007 auf 0,7 Prozent. Das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum hat sich nicht nur in der Industrie, sondern auch im Dienstleistungssektor etwas abgeschwächt. Insgesamt waren die Fundamentaldaten des Euroraums im abgelaufenen Jahr aber solide, der Beschäftigungszuwachs ist robust und die Arbeitslosenquote so niedrig wie seit 25 Jahren nicht mehr. Auch die insolvenzbedingte Arbeitslosigkeit in Europa nahm deutlich von 1,4 auf 1,2 Millionen ab, kann damit aber noch nicht ganz an das Rekordergebnis von 2000 heranreichen. Damals drohten „lediglich“ 1,1 Millionen Arbeitnehmer ihren Job zu verlieren, weil der Arbeitgeber Insolvenz anmelden musste.

**1,2 Millionen
Arbeitsplatzverluste durch
Konkurse**

Tab. 8: Insolvenzbedingte Arbeitslosigkeit in Europa

■	Arbeitsplatzverluste (in Millionen)
1999	1,4
2000	1,1
2001	1,4
2002	1,6
2003	1,7
2004	1,6
2005	1,5
2006	1,4
2007	1,2

Den größten Anteil am Insolvenzgeschehen stellt die Dienstleistungsbranche, weil sie die größte der vier betrachteten Branchen ist. Mehr als ein Drittel aller Insolvenzen kommt aus dem Dienstleistungsbereich (37,0 Prozent; Vorjahr: 35,3 Prozent). Am deutlichsten reduziert hat sich der Anteil des Baugewerbes (20,9 Prozent; Vorjahr: 22,2). Mit lediglich 8,6 Prozent sind die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes am Insolvenzaufkommen am geringsten beteiligt. Im Jahr 2006 waren es noch 9,1 Prozent und 2005 10,5 Prozent.

Tab. 9: Anteil der einzelnen Hauptwirtschaftsbereiche in Europa 2007 (Durchschnitt)

■	Insolvenzanteil
Verarbeitendes Gewerbe	8,6 (9,1)
Bau	20,9 (22,2)
Handel	33,5 (33,4)
Dienstleistungen	37,0 (35,3)

Angaben in Prozent, () = 2006

Handel und Dienstleister mit Zuwächsen

Anders als in Deutschland zählen die meisten europäischen Länder die Bereiche „Hotel, Restaurants und Cafés – kurz Horeca“ zum Handel und nicht zu den Dienstleistern. Um die Vergleichbarkeit des Insolvenzaufkommens in den einzelnen Ländern zu gewährleisten, wurde der Bereich Horeca bei allen Ländern dem Handel zugerechnet. Auffällig ist die Entwicklung in den Niederlanden: Während im vergangenen Jahr noch mehr als jede zweite Insolvenz aus dem Dienstleistungsbereich kam, ist es aktuell nur noch jede dritte (36,6 Prozent; Vorjahr: 55,3 Prozent). Die drei anderen Hauptwirtschaftsbereiche verzeichnen jeweils deutliche Anstiege.

Tab. 10: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen 2007

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel *)	Dienstleistung
Belgien	4,2 (6,7)	14,9 (13,4)	51,8 (53,1)	29,1 (26,7)
Dänemark	6,7 (5,8)	13,0 (12,9)	38,2 (45,6)	42,0 (35,7)
Deutschland	10,5 (11,0)	18,1 (19,3)	31,9 (30,1)	39,4 (39,6)
Frankreich	7,7 (9,1)	28,7 (24,0)	28,4 (33,4)	35,2 (33,5)
Großbritannien	8,9 (7,6)	14,4 (27,6)	22,2 (29,6)	54,5 (35,2)
Niederlande	11,6 (6,9)	15,4 (10,8)	36,4 (27,0)	36,6 (55,3)
Norwegen	5,9 (6,1)	22,7 (21,7)	28,3 (39,5)	43,1 (32,7)

*) inklusive Horeca, Angaben in Prozent, () = 2006

Das Verarbeitende Gewerbe ist in jedem der betrachteten Länder die Branche mit dem geringsten Insolvenzanteil. In Deutschland, dem Exportmeister, kommen mit 10,5 Prozent (Vorjahr: 11,0 Prozent) sogar vergleichsweise viele Insolvenzen aus dem Verarbeitenden Gewerbe. Den Spitzenplatz belegt hier Belgien mit lediglich 4,2 Prozent (Vorjahr: 6,7 Prozent).

In Frankreich kommen 28,7 Prozent (Vorjahr: 24,0 Prozent) Prozent der Unternehmensinsolvenzen aus der Baubranche – in Dänemark sind es nur 13,0 Prozent (Vorjahr: 12,9 Prozent). Dänemarks Bauwirtschaft verbuchte im Zeitraum 2003 bis 2007 ein Wachstum von rund 22 Prozent. Das neue Planungsgesetz, das den Bau größerer Handelsobjekte in den Städten gestattet (Erhöhung um 500 qm auf 3.500 qm bei Waren des täglichen Bedarfs beziehungsweise auf 2.000 qm für den Fachhandel), trägt zur Ankurbelung neuer Projekte bei. Nach Einschätzung des Bauverbandes dürfte der Industriebau 2008 auf dem Niveau der Vorjahre verharren (0,70 Mio. qm). Innerhalb dieses Segments sind wie schon 2007 hohe Investitionen in den Bau großer und voll automatisierter Logistikobjekte zu erwarten. Die öffentlichen Investitionen in Büro-, Kultur- und Freizeitobjekte sowie Krankenhäuser betragen im Jahr 2007 gut 30 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der Zuwachs ist eine Folge der am 01.01.2007 in Kraft getretenen Verwaltungsreform (Errichtung/Modernisierung von Bürobauten für die neuen Regionen und Kommunen).

Dänemarks Bauwirtschaft boomt

Der Handel stellt insbesondere in Belgien einen Großteil der Insolvenzen – nämlich 51,8 Prozent, obwohl sich der Anteil im Laufe des Jahres um 1,3 Prozentpunkte verringerte. Eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielen die Handelsinsolvenzen dagegen in Großbritannien: Sie machen nur 22,2 Prozent des gesamten Insolvenzgeschehens aus und reduzierten sich im Jahresverlauf auch noch einmal deutlich um 7,4 Prozent. Das Gros der Unternehmensinsolvenzen auf der Insel kommt aus der Dienstleistungsbranche: 54,5 Prozent aller Pleiten betreffen diesen Hauptwirtschaftsbereich (Vorjahr: 35,2 Prozent). In Belgien dagegen stammt noch nicht einmal jede dritte Insolvenz aus dem Dienstleistungssektor (29,1 Prozent).

■ 5 Länderberichte

5.1 Deutschland

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen sank im Laufe des Jahres 2007 um 10,4 Prozent auf 27.490 Fälle. Damit verlangsamte sich der rückläufige Trend – 2006 nahmen die Unternehmensinsolvenzen noch um 16,7 Prozent ab. Die Verbraucherinsolvenzen hingegen durchbrechen zum ersten Mal die 100.000er-Marke und kommen insgesamt auf 109.330 Fälle. Das entspricht einem Anstieg um 18,3 Prozent. Im vergangenen Jahr war auch hier der Zuwachs noch stärker und lag bei 34,2 Prozent. Die sonstigen Insolvenzen – Nachlasskonkurse und persönlich haftende Gesellschafter – belaufen sich im Jahr 2007 auf 30.180 Fälle und verzeichnen damit einen leichten Rückgang von minus 4,9 Prozent. Insgesamt liegt die Zahl der Insolvenzen für das Jahr 2007 bei 167.000 Fällen. Das sind 12.140 Insolvenzen oder 7,8 Prozent mehr als 2006.

Tab. 11: Insolvenzen in Deutschland

■	2007	2006	Veränder. in %
Gesamt	167.000	154.860	+ 7,8
Unternehmen	27.490	30.680	- 10,4
Privatpersonen	139.510	124.180	+ 12,3

In Westdeutschland verlangsamte sich der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen und beträgt aktuell minus 8,1 Prozent. Insgesamt 21.530 Konkurse sind zu zählen. In Ostdeutschland ist der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen mit 17,7 Prozent fast doppelt so hoch. Hier gingen insgesamt 5.960 Unternehmen in Konkurs.

Die Verbraucherinsolvenzen nahmen im Westen um 17,0 Prozent auf 81.540 betroffene Personen zu und im Osten um 22,3 Prozent auf 27.790 Personen. Insgesamt wurden in Westdeutschland 124.490 Insolvenzanträge gestellt, was einem Anstieg von 7,5 Prozent im Jahresverlauf entspricht, in Ostdeutschland waren es 8,9 Prozent mehr und ein Gesamtaufkommen von 42.510 Fällen.

Unternehmensinsolvenzen 2008: Umkehr des Trends

Das Baugewerbe schafft den größten Rückgang der Insolvenzen: Um 15,9 Prozent sank das Insolvenzaufkommen in diesem Wirtschaftsbereich auf insgesamt rund 5.000 betroffene Unternehmen. Darüber hinaus nimmt die Zahl der Insolvenzen auch in allen anderen Hauptwirtschaftsbereichen deutlich ab. Dennoch verzeichnet der Bau immer noch die höchste Risikoquote aller Branchen: Von 10.000 existierenden Unternehmen mussten im Jahr 2007 durchschnittlich 154 die Segel streichen – im Verarbeitenden Gewerbe ist es dagegen nur die Hälfte (77).

Bau immer noch das Sorgenkind

Die Schäden, die insolvente Unternehmen der Volkswirtschaft zufügen, belaufen sich für 2007 auf 29,2 Milliarden Euro. Damit liegt das Schadensniveau unter dem des Vorjahres von 31,1 Milliarden Euro. Die Zahl der von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffenen Arbeitnehmer ist rückläufig: Beliefen sich die Gesamtarbeitsplatzverluste 2006 noch auf 473.000 Betroffene, sind es aktuell noch 440.000 Arbeitnehmer, deren Arbeitsplatz in Gefahr ist.

5.2 Großbritannien

Die britische Industrie erwartet 2008 eine deutliche Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf der Insel. Man rechne nun noch mit einem Plus von 2,0 Prozent (nach erwarteten 3,0 Prozent) für 2007, teilte der Industrieverband CBI mit. Grund dafür seien die Auswirkungen der weltweiten Kreditmarkt-Krise und höhere Preise für Rohstoffe. Aber auch die Leitzinserhöhungen, ein schwächelnder Immobilienmarkt, steigende Energiepreise und ein lange Zeit Euro-stabiles Pfund haben im Vereinigten Königreich ihre Spuren hinterlassen. Ein mehr oder weniger ausgeprägter Wachstumsknick bei Konsum und Investitionen kommt daher nicht überraschend. Die Dynamik bei Finanz- und Unternehmensdienstleistungen lässt nach und ist durch eine starke Bauwirtschaft und die vergleichsweise nur wenig bewegte und zudem kleine Industrie nicht zu kompensieren. Für die Einfuhren nach Großbritannien dürfte 2008 ein etwas schwierigeres Jahr werden, während die Ausfuhren leichten Rückenwind durch ein schwächeres Pfund Sterling erhalten.

Tab. 12: Insolvenzen in Großbritannien

■	2007	2006	Veränder. in %
Gesamt	136.650	134.612	+ 1,5
Unternehmen	12.950	13.686	- 5,4
Privatpersonen	123.700	120.926	+ 2,3

Das Aufkommen der Unternehmensinsolvenzen reduzierte sich auf der Insel im Jahresverlauf um 5,4 Prozent. 2007 meldeten knapp 13.000 Betriebe den Gerichten ihren wirtschaftlichen Niedergang. Das ist der niedrigste Wert innerhalb der vergangenen fünf Jahre. Die Hypothekenkrise hat also auf die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen 2007 im Vereinigten Königreich noch keinen unmittelbaren Einfluss genommen. Ob sich das in 2008 ändert, bleibt abzuwarten.

Insgesamt liegt die Zahl der Insolvenzen in Großbritannien bei 136.650 Fällen und damit knapp 30.000 Fälle niedriger als in Deutschland.

5.3 Frankreich

Die französische Regierung hat die Erwartungen im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum gedämpft. Es werde wohl eher am unteren Ende der zuvor genannten Spanne von 2,0 bis 2,5 Prozent liegen, sagte Wirtschaftsministerin Christine Lagarde Mitte Januar 2008. Grund dafür sei, dass sich das internationale Umfeld verschlechtert habe. „Die endogenen Faktoren in Frankreich sind solide“, betonte sie. Die Äußerungen Lagardes sind das bisher deutlichste Anzeichen dafür, dass die französische Regierung in absehbarer Zeit keine deutliche Belebung der Wirtschaft erwartet. Präsident Nicolas Sarkozy sagte, dass alles dafür vorbereitet sei, das Haushaltsdefizit abzubauen. Er ließ jedoch offen, bis wann dieses Ziel erreicht sein könnte. Für 2007 rechnet die Regierung mit einem Defizit von 2,4 Prozent, in diesem Jahr soll es 2,3 Prozent erreichen.

Frankreichs Industrie verliert an Wettbewerbsfähigkeit. Das gilt nicht für die kleine Elite der meist gut geführten Konzerne im Börsenindex CAC-40, sondern für die

England bleibt zunächst von der Krise verschont

große Masse der Verfolger. Der Mittelstand exportiert nicht genügend und verliert auch zu Hause Marktanteile. Das unablässig steigende Außenhandelsdefizit, das sich nicht mehr allein durch hohe Ölpreise und den starken Euro erklärt, bezeugt den Handlungsbedarf. Die Unternehmen hätten eine Entlastung bei Sozialabgaben, Steuern und Bürokratie nötig. Aber von der Wahlkampfankündigung, die Körperschaftsteuer zu senken, ist heute keine Rede mehr. Auch die Gewerbesteuer bleibt ein Mühlstein. Die Ausgaben der Sozialkassen sind nicht durch die Einnahmen gedeckt, und den ebenfalls defizitären Staatshaushalt hat Sarkozy durch Steuervergünstigungen für die privaten Haushalte stark strapaziert.

Tab. 13: Unternehmensinsolvenzen in Frankreich

■	2007	2006	Veränder. in %
	42.670	40.360	+ 5,7

Hinzu kommt: Trotz internationaler Konkurrenten wie China und Indien, die sich weder Arbeitszeitlimits noch Mindestlöhne auferlegen, leistet sich Frankreich den Luxus, seinen Unternehmen lange Ruhepausen vorzuschreiben. Die enge gesetzliche Begrenzung der Wochenarbeitszeit ist eines der größten Grundprobleme der Wirtschaft. Unternehmen müssen von der 36. Stunde an Zuschläge von 25 Prozent zahlen. Für kleine Unternehmen mit bis zu zwanzig Mitarbeitern hat Präsident Sarkozy die Aufschläge sogar von 10 auf 25 Prozent angehoben. Zwar hat er im Gegenzug die Sozialabgaben der Unternehmen gesenkt, aber nur in geringem Maße.

Die Entwicklung der französischen Unternehmensinsolvenzen zeigt denn auch als eine der wenigen in Westeuropa noch einen Aufwärtstrend: Um 5,7 Prozent auf 42.670 betroffene Betriebe nahmen die Konkurse zu. Frankreich verfügt von je her über einen hohen Sockelbetrag an Unternehmensinsolvenzen. Im vergangenen Jahr aber war noch eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen gewesen, dieser Trend hat sich nun umgekehrt.

Gegen den Trend

■ 6 EU-Osterweiterung: Neue Mitgliedsländer

Die neuen EU-Mitglieder in Mittel- und Osteuropa profitieren stark von ihrem Beitritt zur Gemeinschaft im Mai 2004. „Wirtschaftlich stehen sie heute viel besser da als in den Jahren vor Beginn der Mitgliedschaft“, betont Sandor Richter vom Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW). Die Wirtschaft dieser Länder sei seit 2004 um jährlich 5,3 Prozent gewachsen, während es in den Jahren davor lediglich 3,1 Prozent waren.

Ebenso wie im „alten Europa“ sinken auch in den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union die Unternehmensinsolvenzen. Meldeten im vergangenen Jahr noch gut 20.000 Betriebe Insolvenz an, sind es aktuell 19.857, ein leichter Rückgang um 1,2 Prozent. Allerdings ist bei den Ergebnissen – wie auch schon in den Jahren zuvor – zu beachten, dass die meisten Zahlen nach wie vor nicht mit denen aus Westeuropa zu vergleichen sind. Am deutlichsten wird dies bei Betrachtung der Zahlen aus Polen, die unglaublich niedrig sind und jedes Jahr weiter fallen. Im Jahr 2007 meldeten 447 (Vorjahr: 576) polnische Unternehmen Konkurs an, das sind 22,4 Prozent weniger als noch vor einem Jahr und halb so viele wie in Litauen.

**447 Insolvenzen bei
3,5 Millionen Unternehmen**

Tab. 14: Unternehmensinsolvenzen in Osteuropa

■	2007	2006	2005	Veränderung 2006/07 in Prozent
Estland	234	228	265	+ 2,6
Lettland	1.272	1.174	830	+ 8,3
Litauen	814	808	773	+ 0,7
Polen	447	576	793	- 22,4
Slowakei	2.100	2.150	2.200	- 2,3
Slowenien	1.240	1.246	1.383	- 0,5
Tschechien	4.250	4.227	3.882	+ 0,5
Ungarn	9.500	9.447	7.983	+ 0,6
Gesamt	19.857	20.089	18.294	- 1,2

Tschechien hat zum 01. Januar 2008 ein neues Insolvenzgesetz eingeführt. Darin enthalten ist auch die Pflicht des Gerichtes, eingegangene Anträge auf Er-

öffnung eines Insolvenzverfahrens bekannt zu geben. Außerdem wird ein öffentliches Insolvenzregister eingeführt. Das dürfte der Verifizierbarkeit der Insolvenzstatistik zuträglich sein. Eingeführt wird auch ein Reorganisationsverfahren, das allerdings nur für Betriebe mit mehr als 100 Angestellten oder einem Umsatz über 100 Millionen Tschechische Kronen (3,9 Mio. Euro) gilt. Will sich ein kleinerer Betrieb sanieren, muss mindestens die Hälfte aller Gläubiger zustimmen.

Eingeführt wurde ebenfalls ein Verbraucherentschuldungsverfahren, ähnlich dem deutschen Verbraucherinsolvenzverfahren. Die Wohlverhaltensperiode allerdings wurde auf fünf Jahre festgesetzt.

Die Wirtschaft in Tschechien ist in Hochform. Die Nationalbank erwartet für 2007 einen Anstieg des BIP um 5,5 Prozent. Wichtigster Motor des tschechischen Wirtschaftswachstums ist die Binnennachfrage. Steigende Löhne und Gehälter haben viele Bürger in einen regelrechten Kaufrausch versetzt. Und die Banken helfen mit, indem sie verstärkt Privatkredite ausgeben.

Tab. 15: Insolvenzquoten in den einzelnen osteuropäischen Ländern

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Polen	1
Tschechien	47
Estland	69
Slowakei	75
Litauen	128
Slowenien	135
Ungarn	165
Lettland	252
Gesamt	36

Eine Insolvenz pro 10.000 existierende Unternehmen – wie in Polen gesehen – ist natürlich unglaublich niedrig und übertrifft sogar noch die Insolvenzquote von Spanien. Deutlich über dem Durchschnitt von 36 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen liegt Lettland (252), das ansonsten zusammen mit den beiden anderen Baltikum-Ländern eher zu den Vorzeigeländern

unter den neuen EU-Mitgliedern gehört. Allerdings droht gerade Lettland, aber auch Estland und Litauen – eine Überhitzung der Wirtschaft. Die Ratingagentur Standard & Poors sieht bei Lettland die Gefahr einer „harten Landung“ und hat den Rating-Ausblick des Landes auf „negativ“ gesetzt. Lettland hat das höchste Wirtschaftswachstum in der EU. Ein Großteil des Wachstums ist durch Hypothekenkredite angetrieben. In Riga liegen die Quadratmeterpreise für Immobilien mittlerweile höher als in Wien oder Frankfurt.

7 Japan

Nachdem die Unternehmensinsolvenzen in Japan zwischen 2005 und 2006 abgesunken waren, steigen sie aktuell deutlich um 38,9 Prozent auf knapp 11.000 Betriebe an.

Tab. 16: Unternehmensinsolvenzen in Japan

■	2007	2006	Veränder. in %
	10.980	7.905	+ 38,9

Eine große Hypothek für die Zukunft Japans und direkte Folge der staatlichen Konjunkturprogramme der 90er Jahre ist die außergewöhnlich hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Ende Juni 2007 betrug die Staatsverschuldung 836,52 Mrd. JPY – mehr als das Anderthalbfache des japanischen Bruttoinlandproduktes.

Nachdem lange Deflation, günstigstenfalls Preisstabilität herrschte, steht die Preisentwicklung voraussichtlich vor einer Wende. In letzter Zeit haben spürbare Preiserhöhungen bei Lebensmitteln und Benzin stattgefunden. Diese Entwicklung sollte sich zunehmend in moderaten Preissteigerungsraten widerspiegeln. Dabei spielt auch der relativ schwache Yen eine Rolle.

Die Geldpolitik ist nach wie vor von einem außergewöhnlich niedrigen Zinsniveau gekennzeichnet. Seit einer Anhebung auf 0,5 Prozent am 21.02.2007 verharret der Leitzins auf diesem Niveau. Zwar spricht sich die Bank von Japan für eine geldpolitische Normalisie-

rung aus. Aufgrund von Unsicherheiten über die US-Konjunktur sowie Sorgen, die binnenwirtschaftliche Dynamik könne nachlassen, sieht die Zentralbank im Moment jedoch von einer Erhöhung der Leitzinsen ab.

Der rasante Aufstieg Chinas, aber auch anderer Schwellenländer in der Region, wird in Japan aufgrund der geographischen Nähe noch deutlicher empfunden als anderswo. Insbesondere als Produktionsplattform spielt China für japanische Unternehmen eine wichtige Rolle. Gleichzeitig haben der unzureichende Schutz geistigen Eigentums und eine Verschlechterung der Kostenstruktur dazu beigetragen, dass aus japanischer Sicht der erste große China-Boom bereits vorbei ist.

■ 8 Zusammenfassung

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den EU-15 Staaten plus Norwegen und der Schweiz ist seit drei Jahren rückläufig und liegt 2007 bei 129.800 Fällen. Im Jahr zuvor waren noch 6.930 Insolvenzen mehr zu beklagen gewesen. Das entspricht einem Rückgang um 5,0 Prozentpunkte. Allerdings hat sich die Zahl der Länder, die wieder steigende Insolvenzen verzeichnen, im Jahresverlauf auf sechs verdoppelt: Den höchsten Anstieg verzeichnet mit einem Plus von 20,8 Prozent auf 2.400 Fälle Dänemark. Es folgen Luxemburg mit einer Zunahme von 7,3 Prozent auf 680 (Vorjahr: 634) betroffene Betriebe und Frankreich mit einem Zuwachs von 5,7 Prozent auf 42.700 Pleiten (Vorjahr: 40.400).

Die deutlichste Abnahme verzeichnet Italien, allerdings nicht, weil sich die konjunkturelle Situation so deutlich entspannt hatte, sondern weil das zuständige Handelsregister die Statistik umgestellt hat. Der kapitale Rückgang der Konkurse in Italien um 38,7 Prozent auf 5.410 Betriebe ist aus diesem Grunde auch nicht überzubewerten. Ebenfalls deutlich abgenommen haben die Insolvenzen in den Niederlanden, und zwar um 20,7 Prozent auf aktuell 4.710 Fälle – dem tiefsten Stand seit sechs Jahren. Platz drei der Länder mit den stärksten Rückgängen bei den Insolvenzen belegt Deutschland. Hier sanken die Unternehmenspleiten

um 10,4 Prozent auf 27.500 betroffene Betriebe ab. 2006 wurden noch 30.700 insolvente Unternehmen gezählt.

Die höchste relative Insolvenz betroffenheit (Zahl der Unternehmen eines Landes im Verhältnis zur Zahl der Unternehmensinsolvenzen des betreffenden Landes) weisen – wie in den Jahren zuvor – die Länder Luxemburg (256 Insolvenzen pro 10.000 existente Unternehmen), Österreich (240) und Frankreich (166) auf. Die drei Mittelmeeranrainer Spanien (3 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen), Griechenland (7) und Italien (13) führen die Tabelle an allerdings – aufgrund statistischer Besonderheiten – nicht wegen einer vorbildlich geringen Insolvenzdichte. Die durchschnittliche Insolvenzquote liegt bei 67 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen. Deutschland liegt mit einer Quote von 90 leicht darüber, befindet sich aber in guter Gesellschaft: Auch die europäischen Vorzeigeländer Norwegen (90), Schweden (92) und die Schweiz (93) haben ähnliche Quoten.

Die Privatinsolvenzen der untersuchten Länder Deutschland, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Schweden und der Schweiz nehmen im Gegensatz zu den Unternehmenskonkursen nach wie vor zu. Insgesamt 300.300 (Vorjahr: 277.300) natürliche Personen meldeten 2007 ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch den zuständigen Stellen. Das entspricht einer Zunahme von 8,3 Prozent. Die deutlichste Steigerung zeigt Schweden: Um 85,9 Prozent auf 7.120 Fälle stiegen die Privatpersonenkonkurse im Jahresverlauf an. Schweden führte zu Beginn des Jahres 2007 ein neues Insolvenzrecht ein, da das alte zu viele Anträge abschlägig beschied. In Deutschland stiegen die Privatinsolvenzen im Jahresverlauf um 12,3 Prozent auf 139.500 Betroffene.

Bezieht man die Zahl der Verbraucherinsolvenzen eines Landes auf die jeweilige Einwohnerzahl, erhält man die relative Insolvenz betroffenheit. In Großbritannien sind 21 von 10.000 Einwohnern im vergangenen Jahr in die Insolvenz gegangen. In Schweden waren es – trotz des massiven Anstiegs – nur 8.

In den USA hatte die Subprime Krise direkte Auswirkungen auf die Insolvenzen: Die bankruptcies natürlicher Personen stiegen im Jahresverlauf um 34,1 Prozent auf 801.800 Betroffene. Experten gehen davon aus, dass sich dieser Trend in 2008 fortsetzt. Die Unternehmensinsolvenzen dagegen verzeichneten einen Rückgang von 6,1 Prozent und belaufen sich für 2007 auf 18.500 Fälle.

Die Zahl der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste reduzierte sich im Jahresverlauf parallel zur Abnahme der Unternehmensinsolvenzen und liegt für 2007 bei 1,2 Millionen. 2006 waren noch 1,4 Millionen Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen.

Den größten Anteil am Insolvenzgeschehen in Europa stellt die Dienstleistungsbranche: Durchschnittlich 37,0 Prozent (Vorjahr: 35,3 Prozent) aller Insolvenzen betreffen Unternehmen aus der Dienstleistungsbranche. Am deutlichsten reduziert hat sich der Anteil des Baugewerbes: Kamen im vergangenen Jahr noch 22,2 Prozent aller Konkurse aus der Baubranche, so sind es aktuell nur noch 20,9 Prozent. Mit lediglich 8,6 Prozent (Vorjahr: 9,1 Prozent) ist das Verarbeitende Gewerbe am geringsten am Konkursgeschehen beteiligt. Der Handel stellt 33,5 Prozent (Vorjahr: 33,4 Prozent) des Insolvenzgeschehens.

Blickt man in die Aufteilung der einzelnen Länder, werden doch einige Unterschiede im Hinblick auf die Branchenbeteiligung deutlich: So ist zwar in allen Ländern das Verarbeitende Gewerbe am wenigsten am Insolvenzgeschehen beteiligt, in den Niederlanden allerdings kommen 11,6 Prozent aller Insolvenzen aus dem Verarbeitenden Gewerbe – in Belgien sind es nur 4,2 Prozent. 28,7 Prozent aller Insolvenzen in Frankreich kommen aus dem Baugewerbe, in Dänemark sind es nur 13,0 Prozent.

Auch bei den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn nimmt die Zahl der Unternehmensinsolvenzen insgesamt im Lauf

des Jahres 2007 ab: Knapp 19.900 Konkurse waren zu zählen. Das entspricht einem Rückgang von 1,2 Prozent. Bei diesen Ergebnissen ist allerdings zu berücksichtigen, dass die wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen noch nicht auf dem Niveau der meisten westeuropäischen Länder sind und deshalb nur schwer zu vergleichen sind. Insbesondere in Polen fällt das auf: Lediglich 447 (Vorjahr: 576) Konkurse pro Jahr sind unwahrscheinlich bei einem Land, in dem mehr als 3,5 Millionen Unternehmen existieren.

In Japan schließlich stiegen die Unternehmenskonkurse im Verlauf des Jahres 2007 um deutliche 38,9 Prozent an und liegen aktuell bei knapp 11.000 betroffenen Unternehmen. Im Jahr zuvor waren es noch 7.910 gewesen.

Neuss, 12. Februar 2008

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Redaktion: Anne Sahm, Telefon: (02131) 109-229

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2008, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Verzeichnis der Informationsquellen

Statistische Landesämter

Belgien:	Institut National des Statistique, Brüssel
Dänemark:	Danmarks Statistik, Kopenhagen
Deutschland:	Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Finnland:	Statistics Finland
Frankreich:	INSEE, Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques
Großbritannien:	Office for National Statistics, London
Irland:	Central Statistical Office
Italien:	ISTAT, Istituto Nazionale di Statistica, Roma
Luxemburg:	STATEC, Service Central de la Statistique et des Etudes Economiques
Niederlande:	Statistics Netherlands
Norwegen:	Statistics Norway
Österreich:	Österreichisches Statistisches Zentralamt
Portugal:	Instituto Nacional de Estatistica
Schweden:	Statistics Sweden
Schweiz:	Statistik Schweiz
Spanien:	Instituto Nacional de Estadistica

Deutsche Auslandshandelskammern

Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Handelskammer, Brüssel
Deutsch-Finnische Handelskammer, Helsinki
Deutsch-Griechische Industrie- und Handelskammer, Athen
Deutsch-Schwedische Handelskammer, Stockholm
Deutsche Handelskammer für Spanien, Madrid
Deutsch-Amerikanische Handelskammer, New York
Deutsche Industrie- und Handelskammer, Japan

Wirtschaftsinformationsunternehmen

atradius, Protecting your credit sales, div. Ausgaben
Centro Studi Confindustria, Rom
Creditinform, Oslo
Creditreform Italia, Modena
Creditreform Österreich, Wien
Creditreform Schweiz, St. Gallen
EuroCommerce, Brüssel
FEBIS Federation of Business Information Services, Amsterdam
FINSKA Suomen Asiakastieto Oy, Helsinki
Gerling Namur, Namur
Graydon Belgium N.V., Antwerpen

Graydon NL, Amsterdam
Graydon UK
ICAP, Griechenland
Intrum Justitia BV, Amsterdam
Experian Ireland Ltd., Dublin
Koebmandstanden, Kopenhagen
KSV Kreditschutzverband von 1870, Wien
Marsh, München
Moody's, Frankfurt/Main
OR Telematique, Paris
SCRL Observatoire des Entreprise
Society of Practitioners of Insolvency
Standard and Poor's, Frankfurt/Main
UC AB, Stockholm

Wirtschaftsinformationsstellen

Auswärtiges Amt, Länderberichte
Banco Bilbao v. Vizcaya, Spain
Banque Nationale de Belgique NBB, Bruxelles
BDI, Bundesverband der deutschen Industrie, Köln
bfai Bundesagentur für Außenwirtschaft
BGA, Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels, Berlin
BHF-Bank
Bronnoysundregistrene, Bronnoysund, Norwegen
Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg
Bundesministerium für Finanzen
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Centre d'Observation (COE), Paris
Chambre de Commerce, Luxembourg
Department of Trade and Industry, London
DIHK, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin
DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EWIS, Top-Infos für die Wirtschaft, div. Länder, Koblenz
Institut der deutschen Wirtschaft e. V., Köln
Konjunkturforschungsstelle Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Zürich
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Paris
The Insolvency Service, London
The World Bank Group, Paris
US-Department of Commerce, Economics and Statistics Administration, Washington D.C.
WIFO, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien

Publikationen

Auswärtiges Amt, diverse Länderberichte
Bayerische Landesbank, diverse Länderberichte
Bfai, Bundesagentur für Außenwirtschaft, „Einführung in das us-amerikanische Insolvenzrecht“, von Alexander von Hopffgarten
Deutsche Bank Research: „Deutscher Mittelstand vom Aussterben bedroht?“, Mai 2007
Deutsche Bundesbank; „Monatsberichte“, Frankfurt, 2007
„Die private Überschuldung im internationalen Vergleich – Trends, Probleme, Lösungsansätze“, Prof. Dr. Udo Reifner, Helga Springeneer
Diverse Zeitungs- und Zeitschriftenartikel
DTI, Department of Trade and Industry UK
Grant Thornton International; European Business Survey, London
ibw Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft „Internationale Literaturrecherche zu Mikro-kreditfinanzierungsmodellen“
ifo – Wirtschaftskonjunktur
Institut der deutschen Wirtschaft; „iwd“, Köln, div. Ausgaben, 2007
U. Jahn, A. Sahm (Hrsg.): „Insolvenzen in Europa“, 4. Aufl., Economica-Verlag, Bonn, 2004
KfW-Research: „Die Bedeutung von Factoring und Leasing für die Unternehmensfinanzierung in Deutschland-eine Bestandsaufnahme“
Kilborn, Jason J.: „Out With the New, In With the Old: As Sweden Aggressively Streamlines Its Consumer Bankruptcy System, Have U.S. Reformers Fallen Off the Learning Curve?“
KPMG: „Wachstum und Internationalisierung mittelständischer Unternehmen“
Leaseurope: „European Leasing Barometer, 15th Edition, September 2006“
Micklitz, Hans-W.: „Verschuldung, Überschuldung und Verbraucherkreditrichtlinie - verantwortliche Kreditvergabe und/oder ‚fresh start‘“
Verbraucherzentrale Bundesverband: Schuldenreport 2006
ZInsO: „Einführung in das italienische Insolvenzrecht und seine Reform“, von Avvocato Roberta Correnti und Rechtsanwalt Robert Schulte-Frohlinde

Veröffentlichungen der EU

BACH-Datenbank
BIZ-Quartalsbericht, März 2004
DEBA, Data for European Business Analysis, Luxemburg
Eurobarometer, Flash # 196
Eurobarometer, Unternehmen in Europa, November 2006
European Network SME Research
KMU und Zugang zur Finanzierung, Beobachtungsnetz der europäischen KMU, 2003
Panorama europäischer Unternehmen
SME Access to finance, Flash Eurobarometer, Sept. 2005
Unternehmen in Europa, Eurostat

Creditreform Geschäftsstellen in Osteuropa

Creditreform Eesti OÜ, Estland

Creditreform Latvija SIA, Lettland

Creditreform Lietuva UAB, Litauen

Creditreform Polska Sp. z o.o., Polen

Creditreform k.s., Slowakei

Creditreform d.o.o., Slowenien

Creditreform s.r.o., Tschechien

Creditreform-Interinfo Kft., Ungarn